

Liestal, 22. Januar 2019/BUD/UEB/AUE

Stellungnahme

Vorstoss	Nr. 2018/834
Postulat	von Désirée Jaun
Titel:	Natürlich BL: Zero Plastik in öffentlichen Einrichtungen
Antrag	Vorstoss ablehnen

1. Begründung

Der Regierungsrat teilt die Sorge der Postulantin und einer breiten Öffentlichkeit um die Zukunft der Weltmeere. Auch bekennt er sich klar zu einer Abfallwirtschaft, die sich zu einer Kreislauf- und Ressourcenwirtschaft weiter entwickeln muss. Er hat deshalb mit Beschluss vom 5. Dezember 2017 das partnerschaftliche Geschäft „Abfallplanung Basel-Landschaft und Basel-Stadt 2017“ verabschiedet. Ziel ist es, eine zukunftsfähige Kreislauf- und Ressourcenwirtschaft zu erreichen.

Der Regierungsrat hält „Zero Plastik“ im geforderten Sinne aber für keine überzeugende Strategie aus Sicht der Umweltpolitik. Kunststoffe erfüllen viele nützliche Funktionen, beispielsweise beim Schutz von Lebensmitteln vor dem Verderb. Eine nachhaltige Produktpolitik bezüglich Plastik besteht deshalb darin, dessen Einsatz ökologisch zu optimieren. Dies kann durch Ökobilanzierungen geschehen. Plastik ist somit nicht per se abzulehnen, sondern unter sorgfältiger Abwägung einzusetzen oder eben durch umweltgerechtere Materialien und Verfahren zu ersetzen. Weiter ist ganz entscheidend, dass in der Region und in der Schweiz gesicherte und erprobte Kanäle zur Wiederverwertung und zur thermischen Verwertung (KVA) von Plastikabfällen bestehen. Diese gelangen somit nur in sehr beschränktem Ausmass in die Umwelt.

Ergänzend weist der Regierungsrat noch in aller Kürze auf zwei ihm wichtig erscheinende Aspekte der laufenden Diskussion zum Thema Plastik hin:

1. Wie eingangs festgehalten, teilt der Regierungsrat die grosse Sorge um die Zukunft der Weltmeere. Er weist aber auch darauf hin, dass die Folgen des Klimawandels mit Versauerung, Erwärmung und Meeresspiegelanstieg sowie zusätzlich die Überfischung für die Zukunft der Weltmeere mindestens ebenso entscheidend sind. Dem ganz wichtigen Aspekt des Klimawandels trägt die kantonale Energie- und Klimapolitik bereits heute entscheidend Rechnung.
2. Neueste Studien weisen darauf hin, dass unsere Gewässer und die Weltmeere durch den sogenannten Mikroplastik (Plastikteile kleiner als 5 Millimeter) gefährdet sind. Entscheidende Quellen sind hier der Abrieb beim Waschen von Textilien aus synthetischen Materialien (35 %) und der Abrieb von Pneus (28%). Der dabei entstehende Mikroplastik gelangt über Abwasser, Wind und Regenwasser letztlich in die Meere.

Aufgrund dieser Überlegungen beantragt der Regierungsrat Ablehnung des Postulats 2018/834.